

Rede von Josip Juratovic MdB

im Deutschen Bundestag am 1. Juli 2010 zum TOP 9, Antrag
SPD: „Für eine soziale Revision der Entsenderichtlinie“

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

Die Wirtschaftskrise hat gezeigt: Wir müssen endlich der sozialen Dimension Europas eine Gestalt geben. Darüber sind wir uns einig, zumindest in Sonntagsreden. Kolleginnen und Kollegen, ein soziales Europa ist nur mit einer Revision der Entsenderichtlinie möglich.

Mit der Entsenderichtlinie sollte ursprünglich Lohndumping verhindert werden. Jedoch wurde die Richtlinie in den vergangenen Jahren vom EuGH anders interpretiert. Was einst Fairness zum Ziel hatte, verhindert heute Fairness auf dem Arbeitsmarkt. Deswegen fordern wir eine Revision der Richtlinie, um das ursprüngliche Ziel, den fairen Wettbewerb ohne Lohndumping, klarzustellen.

Mit dieser Forderung stehen wir in einer langen Tradition. Schon 1919, als die Internationale Arbeitsorganisation ins Leben gerufen wurde, war den Gründungsstaaten klar: Wir müssen Sozialdumping verhindern, indem wir Mindestarbeitsbedingungen festlegen. Keine Volkswirtschaft soll einen Vorteil durch Unterbietung erlangen. Daran arbeitet die ILO bis heute. Und daran müssen auch wir arbeiten. Weg vom Lohndumping, hin zu fairem Wettbewerb.

Kolleginnen und Kollegen, dieser faire Wettbewerb war auch der Grundgedanke, als die Entsenderichtlinie geschaffen wurde. In einem Mitgliedstaat sollen keine Arbeitnehmer über einen längeren Zeitraum tätig sein, für die ein anderes Recht gilt. Die Arbeitnehmer, die in ein anderes Land gehen, sollen die gleichen Rechte haben wie die dortigen Arbeitnehmer. Dazu gehören unter anderem Regelungen über Höchstarbeitszeiten, Mindesturlaub, Mindestlöhne, Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz.

Die Entsenderichtlinie wurde aber nicht immer so gehandhabt, wie sie geplant war. In mehreren Entscheidungen meinte der Europäische Gerichtshof, dass von ausländischen Unternehmern nur bestimmte Mindeststandards gefordert werden dürften. Höhere Standards, zum Beispiel Tarifverträge, müssen laut dem EuGH von ausländischen Arbeitnehmern nicht eingehalten werden. So die Rechtsprechung im Ruffert-Urteil mit dem Land Niedersachsen. Demnach dürfen in Deutschland keine öffentlichen Aufträge mehr vergeben werden, die eine Tariftreueklausel beinhalten. Die Bindung an Tarifverträge darf laut EuGH kein Kriterium für die Auftragsvergabe sein. Kolleginnen und Kollegen, die Entsenderichtlinie wurde damit ins Gegenteil verkehrt. Politisch war gewollt, dass wir Lohndumping verhindern. Wenn ausländische Unternehmer nicht an unsere Tarifverträge gebunden sind, wird aber mit genau dieser Richtlinie Lohndumping legitimiert! Zudem werden die Arbeitsbedingungen schlechter mit Arbeit am Wochenende und Nachtarbeit. Und das häufig ohne Kontrolle des Arbeitsschutzes. Dies macht mehr als deutlich: Wir müssen die Entsenderichtlinie revidieren und zurück zu den ursprünglichen Zielen kommen!

Von der Uminterpretation der Richtlinie sind alle Länder betroffen. Die reicheren Länder werden durch die ärmeren Länder zu Niedriglöhnen gedrängt. Die Menschen aus ärmeren Ländern werden zu unanständigen Arbeitsbedingungen eingesetzt, und sorgen somit für Wettbewerbsverzerrung. Damit spielen wir die Arbeitnehmer aus verschiedenen Ländern gegeneinander aus. Sie stehen in einem Unterbietungswettbewerb. Meine Kolleginnen und Kollegen, diesen unsozialen Wettbewerb müssen wir verhindern!

Alle reden immer von einem fairen Wettbewerb. Doch wir haben keinen fairen Wettbewerb. Sondern pures Lohndumping. Meine Kolleginnen und Kollegen, wie Sie wissen, gilt ab 2011 die Arbeit-

nehmerfreizügigkeit für mindestens acht weitere EU-Mitgliedstaaten. Wir müssen vorher klären, welche Arbeitsbedingungen und welche Tariflöhne von den ausländischen Unternehmen hier in Deutschland beachtet werden müssen.

Denn Lohndumping schadet uns allen. Zum einen schwächen wir unsere Unternehmer. Unternehmer, die ihren Mitarbeitern faire Arbeitsbedingungen bieten. Das sind Unternehmer, die bei diesem Lohndumping nicht mithalten können und die dadurch gefährdet sind. Mit Niedriglöhnen schwächen wir zum anderen unsere Arbeitnehmer. Die Arbeitnehmer hier in Deutschland verlieren entweder ihren Job, weil es billigere Arbeitskräfte aus anderen Staaten gibt. Oder unsere Arbeitnehmer in Deutschland verdienen Hungerlöhne, um mit der ausländischen Konkurrenz mithalten zu können.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen gegen diese Klassengesellschaft unter den Arbeitnehmern vorgehen. Eine Klasse kommt in den Genuss von fairen Arbeitsbedingungen, steht aber vor der Gefahr, ihre Jobs zu verlieren. Die andere Klasse arbeitet zu niedrigeren Standards und lebt deswegen am Rande des Existenzminimums. Kolleginnen und Kollegen, eine solche Klassengesellschaft ist zu tiefst unsozial und ungerecht. Und sie gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unser Grundprinzip muss lauten: Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Das ist keine Gleichmacherei, sondern ein Grundprinzip von Fairness auf dem Arbeitsmarkt.

Wir wollen nicht, dass Arbeitnehmer in ein anderes EU-Land entsandt werden und dort zu schlechteren Bedingungen arbeiten müssen als die Arbeitnehmer im Gastland. Für entsandte Arbeitnehmer müssen die gleichen Bedingungen gelten. Öffentliche Auftraggeber müssen das Recht haben, ihre Aufträge so zu vergeben, dass die Unternehmen Tarifverträge einhalten müssen. Es kann nicht sein, dass wir in Deutschland Tarifverträge abschließen, und dann kommt ein Unternehmen aus dem Ausland und kann diesen Tarifvertrag einfach so aushebeln! Im Übrigen: Öffentliche Auftraggeber, darunter viele Länder, wollen ihre Aufträge zu fairen Bedingungen vergeben. Das zeigt das Beispiel Niedersachsen. Und das zeigt sich dadurch, dass viele Bundesländer unseren hier eingebrachten Antrag unterstützen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, mit der geforderten sozialen Revision der Entsenderichtlinie arbeiten wir auch an unserem Ziel eines sozialen Europas. Wir haben vier Dimensionen in Europa: Den gemeinsamen Markt, die offenen Grenzen, die gemeinsame Währung, und die soziale Dimension Europas. Die ersten drei Dimensionen haben wir erfolgreich umgesetzt. Nun geht es darum, aus der wirtschaftlichen Einheit auch ein soziales Europa zu entwickeln.

Europa heißt nicht nur, dass wir uns um den Euro oder die Finanzkrise kümmern. Europa bedeutet, dass faire Arbeitsbedingungen für alle Menschen in unserer Union geschaffen werden. Dahin muss unser Weg führen. Dafür tragen wir Verantwortung.

Kolleginnen und Kollegen von der Koalition: Setzen Sie sich nicht nur in Sonntagsreden für einen fairen Wettbewerb ein. Lassen Sie uns gemeinsam die Bundesregierung dazu bewegen, mit unseren EU-Partnern eine Revision der Entsenderichtlinie in Angriff zu nehmen – und damit einen weiteren Schritt in Richtung eines sozial gerechten Europas zu gehen.

Ich freue mich auf die weitere Beratung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.